

Protokoll:	Sozial- und Gesundheits- ausschuss des Gemein- rats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	2
		TOP:	1
Verhandlung		Drucksache:	5/2020
		GZ:	SI
Sitzungstermin:	27.01.2020		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BMin Dr. Sußmann		
Berichterstattung:	Herr Spatz (SozA)		
Protokollführung:	Herr Krasovskij / fr		
Betreff:	Zusammenfassung der Ergebnisse der Haushaltsplan- beratungen 2020/2021 für den Bereich des Sozialamts		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration vom 09.01.2020, GRDRs 5/2020. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Zu Beginn informiert Herr Spatz (SozA) die Ratsmitglieder ausführlich und analog der Vorlage über die Ergebnisse der Haushaltsplanberatungen 2020/2021 für den Bereich des Sozialamts. Der Amtsleiter bedankt sich bei den Stadträtinnen und Stadträten für die Unterstützung der Themen und Anträge des städtischen Sozialamts sowie bei allen an den Haushaltsplanberatungen beteiligten Kolleginnen und Kollegen für ihre Mitwirkung.

Im Verlauf der Aussprache zeigen sich StRin Rühle (90/GRÜNE), StR Mörseburg (CDU), StR Pantisano (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei), StRin Dr. Hackl (SPD), StRin Yükse (FDP), StR Schrade (FW), StR Dr. Mayer (AfD) sowie StR Puttenat (PULS) übereinstimmend erfreut über die Ergebnisse der Haushaltsplanberatungen, da für das Sozialamt und seine verschiedenen Abteilungen notwendige zusätzliche finanzielle Mittel und weitere Stellen beschlossen werden konnten, um bestehende und geplante Vorhaben, Angebote und Projekte weiter voranzutreiben und umzusetzen. Der Begriff "Sozialhaushalt" wird in den verschiedenen Wortmeldungen mehrfach gebraucht. Fraktionsübergreifend bedanken sich die Ratsmitglieder bei Herrn Spatz, Frau Reichhardt sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Amtes für ihren täglichen engagierten Einsatz für die sozialen Belange in Stuttgart wie auch für die gute Zusammenarbeit und Unterstützung im Vorfeld und während der Etatberatungen.

Der Dank für die gute Zusammenarbeit gilt ferner auch BMin Dr. Sußmann. Dem Dank an die Vorsitzende schließt sich im weiteren Verlauf ausdrücklich auch Herr Spatz an.

StRin Dr. Hackl richtet zudem einen Dank an die Mitglieder des Gemeinderates und betont die kollegialen, konstruktiven und zielgerichteten Beratungen im Rahmen des Haushaltes. Dem Dank schließen sich im Folgenden auch StRin Yüksel und StR Dr. Mayer an.

In ihrer Wortmeldung begrüßt StRin Rühle, bezugnehmend auf die Vorlage, insbesondere die beschlossenen Maßnahmen im Bereich der Hilfen für Senioren, Flüchtlinge und für Menschen mit Behinderung sowie für die Stärkung der Quartiersprojekte. Als künftige Schwerpunkte bezeichnet die Stadträtin des Weiteren die Stärkung der Wohnungslosenhilfe sowie die Integration von sucht- und psychisch kranken Menschen in Arbeit und Beschäftigung.

Im Zusammenhang mit den neu geschaffenen Stellen machen StRin Rühle und im Folgenden auch StRin Dr. Hackl deutlich, dass die räumlichen Engpässe im Sozialamt schnellstmöglich beseitigt werden müssten, um die Stellen auch wirklich besetzen zu können und für die neuen Kolleginnen und Kollegen angemessene Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. StRin Dr. Hackl plädiert dafür, dass bei der Suche nach möglichen Räumlichkeiten auch konzeptionell neu gedacht werde.

Darauf eingehend bestätigt Frau Zorn (SozA) die schwierige räumliche Situation im Sozialamt. Am Hauptsitz des Amtes in der Eberhardstraße 33 gebe es praktisch keine freien Plätze mehr, erklärt die Verwaltungsmitarbeiterin. Hinsichtlich neuer Räumlichkeiten befinde man sich in einem engen Austausch mit dem Referat WFB und dem Liegenschaftsamt. Dabei sei jetzt ausgehandelt worden, dass für das Sozialamt kurzfristig 21 Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt würden. Zudem sei in Aussicht gestellt worden, dass das Sozialamt das Gebäude in der Torstraße beziehen könnte. Dort könnte dann die neue Abteilung 7 untergebracht werden, so Frau Zorn weiter, was zur Entspannung der Situation in der Eberhardstraße 33 beitragen würde.

Im weiteren Verlauf der Aussprache wird von StR Mörseburg darauf aufmerksam gemacht, dass der vorhandene finanzielle Spielraum für die Gewährung von weiteren Mitteln und Stellen für den sozialen Bereich vor allem auch den Stuttgarter Bürgerinnen und Bürgern zu verdanken sei, die durch ihre Steuerabgaben maßgeblich zu der guten Finanzlage der Stadt beitragen würden. Dies dürfe man nicht außer Acht lassen.

Auf die Ergebnisse der Haushaltsplanberatungen eingehend bedauert der Stadtrat, dass für den CDU-Antrag zur Unterstützung der Traumata-Beratungen von Prostituierten im HoffnungsHaus Stuttgart im Leonhardsviertel keine Mehrheit gefunden werden konnte.

Nach einer Bitte von StR Pantisano sagt BMin Dr. Sußmann zu, dass der Ausschuss im Rahmen eines Zwischenberichtes über den Fortschritt der Besetzung der im Haushalt für das Sozialamt beschlossenen Stellen informiert werde.

Ergänzend hierzu regt Herr Spatz an, dass dieser Bericht dann im Juli dieses Jahres, einige Monate nach Genehmigung des Haushaltes durch das Regierungspräsidium, erfolgen solle. Zuvor dürfe man formell nur zehn Prozent der Stellen besetzen. Jedoch dürften die Ausschreibungs- und Bewerbungsverfahren für alle Stellen bereits vor Ge-

nehmung komplett durchgeführt werden, was man in die Wege leiten wolle, so der Amtsleiter.

Auf eine weitere Anmerkung von StR Pantisano eingehend, erklärt die Vorsitzende, dass es zum Thema Wohnungsnotfallhilfe demnächst eine Schwerpunktsitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses geben werde. Im Rahmen dieser Sitzung werde die Verwaltung über aktuelle Planungen im Zusammenhang mit diesem wichtigen Thema, wie beispielsweise dem Konzept von Housing-First oder zum Stand in Sachen Personalwohnungen etc., berichten. BMin Dr. Sußmann macht deutlich, dass die Sozialverwaltung dem Bereich der Wohnungsnotfallhilfe in Zukunft eine verstärkte Aufmerksamkeit schenken wolle und hier auch eine bessere Vernetzung der verschiedenen Akteure angestrebt werde, um die unterschiedlichen Zielgruppen im sozialen Bereich noch besser mit Wohnraum versorgen zu können.

Im Folgenden äußert StRin Dr. Hackl, auf die Ergebnisse der Haushaltsplanberatungen eingehend, die Auffassung, dass die ursprünglich im Rahmen der grünen Liste für das Sozialamt vorgesehenen Mittel und Stellen für eine erfolgreiche und nachhaltige soziale Arbeit in den verschiedenen Bereichen nicht ausgereicht hätten. Ähnlich äußert sich hierzu auch StRin Yüksel. StRin Dr. Hackl betont anschließend die Wichtigkeit der beschlossenen Maßnahmen im Rahmen der Hilfen bei Wohnungslosigkeit und zur Stärkung der Stuttgarter Betreuungsvereine. Als eine der künftigen Schwerpunktaufgaben bezeichnet es die Stadträtin, wirksame Maßnahmen und Angebote gegen die zunehmende Altersarmut zu treffen. Zudem gelte es, sich wieder mit den Angeboten der Bonuscard zu beschäftigen, und hierbei die Anregungen aus der diesjährigen Armutskonferenz zu berücksichtigen.

Nach einer Bitte von StRin Dr. Hackl sagt BMin Dr. Sußmann zu, den Ratsmitgliedern die informative Liste zu den geplanten Maßnahmen für Menschen mit Behinderung in Stuttgart zu übersenden, sobald alle Rückmeldungen der Ämter vorliegen.

Von StR Dr. Mayer wird darauf aufmerksam gemacht, dass eine Verschlechterung der finanziellen Lage der Stadt in den nächsten Jahren durchaus denkbar sei und es dann schwierig werden könnte, alle in den diesjährigen Haushaltsplanberatungen beschlossenen Maßnahmen und Projekte weiter aufrecht zu erhalten. Dagegen äußert StR Schrade die Hoffnung, dass die Projekte auch in den kommenden Haushalten fortgesetzt werden könnten, um eine gewisse Nachhaltigkeit zu erreichen.

Auf eine Anmerkung von StR Puttenat eingehend, ruft BMin Dr. Sußmann in Erinnerung, dass die städtische Kommunikationsabteilung eine umfangreiche Zusammenfassung der Ergebnisse der Haushaltsplanberatungen veröffentlicht habe und über das Thema auch im Amtsblatt informiert worden sei. Die Vorsitzende betont im Folgenden die Wichtigkeit einer guten Öffentlichkeitsarbeit, von Transparenz und einer stärkeren Kommunikation, um die Bürgerschaft umfassend über die städtischen Vorhaben, Projekte und Maßnahmen im Sozialbereich zu informieren und mögliche Informationsdefizite auszuräumen. Deshalb werde man gemeinsam mit der Pressestelle weiter überlegen, ob es zusätzliche und bislang nicht genutzte Möglichkeiten gebe, wie die städtische Öffentlichkeitsarbeit künftig intensiviert werden könnte, so die Bürgermeisterin. StR Puttenat hatte in dem Zusammenhang eine stärkere Nutzung der sozialen Medien zu Informationszwecken angeregt.

Abschließend bedankt sich auch die Vorsitzende, anknüpfend an die Äußerungen der Ratsmitglieder, bei Herrn Spatz und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des städtischen Sozialamts für die gute Arbeit.

Danach stellt BMin Dr. Sußmann fest:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss hat von der GRDrs 5/2020 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Krasovskij / fr

Verteiler:

- I. Referat SI
zur Weiterbehandlung
Sozialamt (5)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
 4. GPR (2)
 5. Rechnungsprüfungsamt
 6. L/OB-K
 7. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS